

## **Goldener Bremsklotz 2023: Nomination Mario Fehr, Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich**

Im öffentlichen Leben gibt es wohl niemanden, der von Herzen gerne kritische Fragen beantwortet. Und doch kommt mit der Bekanntheit der Druck oder die Pflicht, sich auch unliebsamer Öffentlichkeit zu stellen. Umso mehr, wenn man ein offizielles Amt ausübt, das von der Bevölkerung finanziert und legitimiert wird.

Recherchejournalistinnen und -journalisten sind es sich gewohnt, dass sie auf ihre kritischen Fragen dürre Antworten, zähneknirschende Reaktionen, Ablenkungsversuche oder ein simples „no comment“ bekommen. Irgendeine Antwort flattert aber doch meistens in die Redaktion.

Nicht so bei Mario Fehr, dem Vorsteher und Repräsentant der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich. Er hat eine eigene Strategie gefunden: Bei unliebsamer Berichterstattung verweigert er die Stellungnahme und Auskunft gänzlich. Die dokumentierten Beispiele der Auskunftsverweigerung sind vielfältig: Kritische Fragen zum Hooligan-Konkordat, zum abgesagtes Rosengarten-Fest, Recherchen zu Asylunterkünften in Lilienberg und der Zürcher Polizeikaserne.

Man kann Mario Fehr jedoch keinesfalls vorwerfen, den Journalisten zu wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Als Direktionsvorsteher hat er wohl einen vollen Kalender – trotzdem nimmt er des Öfteren persönlich den Hörer ab, wenn Journalisten bei der Pressestelle anrufen. Er investiert viel Zeit in die Gespräche mit Medienleuten und ermutigt sie enthusiastisch, in seinem Sinne zu berichten. Manchmal ruft er sogar von sich aus Redaktionen an, um sich zu vergewissern, dass die laufende Recherche seinen Vorstellungen entspricht. Man könnte auch von Willkür im Kommunikationsvorgehen sprechen. Denn Mario Fehr berichtet sehr gerne über sein Schaffen. Solange die kritischen Fragen ausbleiben.

Nun gibt es in der Schweiz viele Firmen und Personen, die Journalisten gegenüber wortkarg sind. Aber dieser Fall ist anders. Die Sicherheitsdirektion mit ihrer Medienstelle ist als öffentliches Amt mit Steuergeldern finanziert und von der Bevölkerung legitimiert. Eine Kantonsdirektion, die bei kritischen Fragen geharnischt reagiert, willkürlich Auskunft gibt und Redaktionen beeinflussen will, agiert undemokratisch und transparenzfeindlich.